

Deutschland hat Zukunft | Präsenz + Stream

13. Monitoring der Energiewende

Dienstag, 25. Februar 2025 um 12:30 Uhr

Rosewood Hotel Munich, Ballsaal

Kardinal-Faulhaber-Straße 1 (Eingang Prannerstraße), 80333 München

Begrüßung

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Redezeit: 11 Minuten

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine Damen und Herren,

herzlich willkommen zu unserem Deutschland-
hat-Zukunft-Kongress.

Zwei Tage nach einer richtungsweisenden
Bundestagswahl wollen wir über eine der
wichtigsten Aufgaben der nächsten Koalition
sprechen: Die Umsetzung der Energiewende.

Unser jährliches Monitoring zeigt Ihnen in
gewohnt klarer Art und Weise, wo wir bei dieser
Mammutaufgabe stehen und woran es aktuell
hakt.

Besonders herzlich begrüßen möchte ich Frau
Dr. Kirchner und Herrn Kreidelmeyer von der
Prognos AG, die das Monitoring präsentieren
werden.

[Weitere persönliche Begrüßungen]

Meine Damen und Herren,
wir werden Ihnen heute die mittlerweile 13.
Ausgabe unseres Energiewende-Monitorings
vorstellen.

In unserem 13. Monitoring-Jahr hat die
Energiewende wieder keinen
Entwicklungssprung gemacht.

Der Umbau unseres Energiesystems stagniert in
weiten Teilen.

Ich möchte an dieser Stelle nicht zu viel von
dem vorwegnehmen, was uns Frau Dr. Kirchner
und Herr Kreidelmeyer gleich erläutern werden.
Die wichtigsten Erkenntnisse des diesjährigen
Monitorings will ich aber kurz zusammenfassen:

- Mit dem Ausbau der erneuerbaren
Energien und dem Netzausbau kommen
wir weiterhin nur schleppend voran.

- Die Energiepreise bleiben höher als vor der Energiepreiskrise. Unsere Monitoring-Ampel leuchtet hier weiterhin dunkelrot.
- Die hohen Emissionen von Treibhausgasen zeigen, dass wir unsere selbstgesteckten Klimaziele nicht erreichen, wenn wir so weitermachen wie bisher.

Selbst dort, wo sich Indikatoren verbessert haben, müssten wir eigentlich Alarmstufe rot ausrufen: So ist der Primärenergie-Verbrauch in den Jahren 2023 und 2024 zwar gesunken, was uns in punkto Energieeffizienz eine bessere Bewertung beschert.

Die Ursache dieser Entwicklung ist allerdings alles andere als erfreulich: Seit Anfang 2022 ist die Produktion der energieintensiven Industrie kontinuierlich zurück gegangen.

Es sind also die Wirtschaftskrise und die laufende De-Industrialisierung, die für den gedrosselten Energieverbrauch gesorgt haben –

und nicht etwa eine effizientere Art der Energienutzung.

Meine Damen und Herren,

trotz aller Versäumnisse und Fehlentwicklungen gibt es auch ein paar Punkte, die uns zuversichtlich stimmen.

So lassen sich beim Ausbau der erneuerbaren Energien Fortschritte beobachten. Deutschland und gerade Bayern sind bei der Errichtung von Photovoltaik-Anlagen auf einem guten Weg. Bei den ambitionierten jährlichen Zubau-Zielen liegen wir auf Zielkurs, insbesondere in Bayern.

Der Blick auf die Windenergie zeigt hingegen: Hier haben wir nach wie vor reichlich Luft nach oben. Das gilt für Deutschland und mehr noch für Bayern.

Die Lücke beim Ausbau der Energienetze ist immer noch gewaltig, aber die Planungen kommen jetzt schneller voran.

Unter dem Strich fällt unsere Bewertung aber auch in diesem Jahr negativ aus: Beim Umbau unseres Energiesystems können wir keine echten strukturellen Verbesserungen verzeichnen.

Die Schlussfolgerung bleibt demnach dieselbe wie bisher: Um Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit garantieren zu können – kurz: um die Energiewende zu einem Erfolg zu machen – müssen wir uns in ganz Deutschland noch deutlich mehr anstrengen!

Auf die neue Bundesregierung wartet also viel Arbeit. Die folgenden drei Aspekte stehen dabei im Vordergrund.

Erstens: Die neue Bundesregierung muss an den zentralen Zielen der Energiewende festhalten!

Wir alle wissen: Genügend bezahlbare Energie ist die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Wirtschaft. Der Ausbau von erneuerbaren Energien und Netzen muss deshalb massiv beschleunigt werden! Die neue Koalition muss in den ersten 100 Tagen klar aufzeigen, wie sie das erreichen will.

Zwischenzeitlich war an dieser Stelle viel von einem „Deutschland-Tempo“ die Rede: Die entscheidende Frage ist dabei allerdings, wie hoch dieses Tempo in Wirklichkeit ist. Die Politik muss jetzt beweisen: Deutschland bummelt nicht, Deutschland spurtet. Die bisherige Dauer von Planungs-, Genehmigungs und Bauprozessen muss mindestens halbiert werden!

Zweitens: Die neue Bundesregierung muss die Energiekosten für die Wirtschaft senken!

Fakt ist: Durch die hohen Energiepreise müssen die hier ansässigen Unternehmen im inter-

nationalen Konkurrenzkampf einen deutlichen Wettbewerbsnachteil stemmen – das gilt insbesondere für die energieintensive Industrie.

Französische und spanische

Industrieunternehmen etwa zahlen deutlich geringere Strompreise als deutsche.

Beispielsweise war im letzten Jahr der Strompreis in Frankreich etwa 30 Prozent billiger als bei uns, in Spanien waren es sogar knapp 40 Prozent. Im Vergleich zu den USA und China schneiden wir sogar noch deutlich schlechter ab.

Und auch wenn der Industriestrompreis bei uns zuletzt gefallen ist: Er ist noch immer knapp dreimal so hoch wie im Jahr 2020, also vor Beginn der globalen Energiekrise!

Deshalb brauchen wir einen Brückenstrompreis für jene Unternehmen, die eine hohe Energieintensität aufweisen und im internationalen Wettbewerb stehen. Absolutes

Minimum wären hohe Netzkostenzuschüsse und weitere Entlastungen.

In jedem Fall brauchen wir eine dauerhafte Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestniveau für die gesamte Wirtschaft. Das hilft allen Betrieben, und schon deshalb ist es höchste Zeit für diese Maßnahme!

Meine Damen und Herren,

wir wiederholen die eben genannten Forderungen auf unseren Veranstaltungen geradezu gebetsmühlenhaft.

Der Grund dafür ist simpel: Ohne Kostenentlastungen droht uns ein weiterer Schub der De-Industrialisierung, den wir unbedingt verhindern müssen!

Übergeordnetes Ziel der Politik muss es angesichts der andauernden Wirtschaftskrise sein, Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Land

zu halten! Das aber schaffen wir nur dann, wenn die Kosten für die Unternehmen geringer werden und bleiben. Denn der Standort Deutschland ist schlichtweg zu teuer!

Mein dritter und letzter Punkt: Die neue Bundesregierung muss mehr für die Versorgungssicherheit tun!

Klar ist, dass der Stromverbrauch in Deutschland in den nächsten Jahren weiter steigen wird. Um die Stromversorgung abzusichern, müssen bis 2030 deshalb auch ausreichend Backup-Kapazitäten entstehen.

Ich erinnere nur an die Dunkelflaute Mitte Dezember. In solchen Phasen schnellen die Strompreise aufgrund der schwachen Einspeisung aus den erneuerbaren Energien nach oben, und wir müssen teuren Strom aus unseren europäischen Nachbarländern beziehen. Um die Lage zu verbessern, brauchen

wir mehr Gaskraftwerke, die vorübergehende Schwächeperioden kompensieren können.

In Zukunft müssen diese Gaskraftwerke dann schrittweise auf Wasserstoff umgestellt werden.

Gebot der Stunde ist es jetzt, ein Kraftwerkssicherheitsgesetz zu verabschieden.

Nur so können wir mit der Ausschreibung der dringend benötigten Kapazitäten beginnen.

Meine Damen und Herren,

ich will zum Schluss kommen. Unser 13.

Energiewende-Monitoring zeigt, dass der Umbau unseres Energiesystems weiterhin zu träge vorstatten geht.

Wir haben jetzt aber zumindest neue Hoffnung:

Der anstehende Regierungswechsel kann nicht nur der Wirtschaft insgesamt, sondern auch der Energiewende neuen Schwung verleihen.

Als Bayerische Wirtschaft setzen wir dabei auf ein hohes Umsetzungstempo und eine konsequente energiepolitische Aufholjagd, und wir werden dies auch in Zukunft lautstark einfordern.

Es wird Zeit, dass aus dem Energiewendchen eine echte Energiewende wird!

In diesem Sinne danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.